

# Übersichten

## Außenpolitik

\* (1)

### Bewertung der Weltlage

Am 31. Dezember 1992 veröffentlichte Chinas Nachrichtenagentur - wie alljährlich - eine kondensierte Darstellung der wichtigsten Grundaspekte des globalen Geschehens aus chinesischer Sicht. Einleitend heißt es: "Die Welt befindet sich gegenwärtig in einer geschichtlichen Periode großer Wandlungen. Die 40 Jahre alte Konfiguration amerikanisch-sowjetischer Bipolarität endete in den frühen 90er Jahren."

Das Ende der bipolaren Welt garantiere jedoch keineswegs ein Zeitalter internationalen Friedens. "Der Golfkrieg, der Zerfall Jugoslawiens und der folgende Bürgerkrieg, der Krieg in Somalia und die Konflikte in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten weisen alle darauf hin, daß die Welt trotz Ende des kalten Krieges noch nicht friedvoll geworden ist."

Trotz dieser Brennpunkte der Gewalt seien jedoch insgesamt wirtschaftliche Fragen von größerer Bedeutung. Sie stehen vor allem in den großen Ländern "im Mittelpunkt der strategischen und internationalen Beziehungen". Verkürzt gesagt: "Die weltweite Hauptarena verschiebt sich auf das Feld der Wirtschaft." Dies gelte um so mehr, als die beiden früheren Supermächte aufgrund der großen Belastungen wirtschaftlich geschwächt worden seien. "Die langanhaltende Konfrontation und der Rüstungswettlauf zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion ließen die Sowjetunion zusammenbrechen und schwächten auch die Vereinigten Staaten." Der neue Präsident Clinton habe den Präsidentschaftswahlkampf "vor allem wegen der schlechten wirtschaftlichen Lage im Lande" gewonnen. Der alte Präsident Bush habe den Schwerpunkt seiner Politik auf "die Errichtung einer von den USA geführten neuen Welt-

ordnung gelegt", und das zu einer Zeit, "als die Stärke der Vereinigten Staaten nachgelassen hatte und die Amerikaner besorgt über ihre innere wirtschaftliche Situation waren". Die Vereinigten Staaten "sind nun die einzige Supermacht in der Welt, aber sie haben Schwierigkeiten auf dem wirtschaftlichen Gebiet. Ihre nationale Verschuldung hat 4 Billionen US\$ überschritten und bedroht die US-Wirtschaft mehr als alles andere." Aufgrund der amerikanischen Schwäche schließe sich "auf den Gebieten der Wirtschaft und Technologie das Gefälle zwischen den Vereinigten Staaten, Japan und Deutschland mit hohem Tempo. In der Tat, Japan ist in einen harten Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten eingetreten." Es wird ausdrücklich vermerkt, daß Japans BSP absolut zwar nur 60% des amerikanischen BSP erreiche, "aber sein BSP pro Kopf, seine Investitionen in das Anlagevermögen und sein internationales Kreditvolumen übertreffen die Größenordnungen der USA". Es sei daher durchaus vorstellbar, daß Japan die Vereinigten Staaten langfristig als Wirtschaftsmacht Nr.1 ablösen werde.

Ein weiterer wichtiger internationaler Brennpunkt mit wirtschaftlicher Dimension sei Deutschland. "Seit der Vereinigung Deutschlands im Oktober 1990 pumpt die deutsche Regierung jährlich 150 Mrd. DM nach Ostdeutschland. Die gewaltigen Finanzinvestitionen werden die wirtschaftliche Wiederbelebung und Entwicklung im östlichen Teil Deutschlands fördern. Zu Ende dieses Jahrhunderts wird die wirtschaftliche Macht Deutschlands gewaltig gewachsen sein."

In der Dritten Welt seien viele Entwicklungsländer nachhaltig darum bemüht, "ihre Entwicklungsstrategie und ihre Wirtschaftspolitik umzugestalten", um das wirtschaftliche Gefälle gegenüber den entwickelten Ländern zu verringern. "Ostasien ist zu einer Region geworden, deren Wirtschaften die dynamischsten sind und die am schnell-

sten in der Welt wächst, insbesondere Südkorea, Singapur, Chinas Taiwan und Hongkong."

Es wird ferner vermerkt, daß "die osteuropäischen Länder und die früheren Sowjetrepubliken in ein Übergangsstadium hin zur Marktwirtschaft eingetreten sind". Aber bisher seien die Erfolge ausgeblieben. "Die Zahlen zeigen, daß sich die wirtschaftliche Situation in der Region stark verschlechtert hat und daß der Übergang ausgesprochen mühsam ist. Die wirtschaftliche Situation in den meisten der Länder wird sich in der nahen Zukunft kaum zum Besseren wenden." Andererseits wird darauf verwiesen, daß "diese Länder eine gewisse wirtschaftliche Grundlage haben, insbesondere Rußland, das reich an natürlichen Ressourcen ist und über ein enormes Potential der Technologie und militärische Stärke verfügt".

Auch in anderen Regionen der Welt haben zahlreiche Länder den Weg zum "marktwirtschaftlichen System" eingeschlagen und ihre Entwicklung beschleunigt. "Zahlreiche Länder haben ihre Forschung und ihre Investitionen erhöht sowie mittelfristige und langfristige Ziele zur fortgeschrittenen wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung erarbeitet."

Abschließend heißt es: "Bis zum Ende des Jahrhunderts wird es ein weltwirtschaftliches Gefüge geben, in dem der europäische Einheitsmarkt, die nord-amerikanische Freihandelszone und der wirtschaftliche Halbkreis in Ostasien die beherrschenden Komponenten sein werden." (XNA, 1.1.93) -ma-

\* (2)

### Außenpolitik 1993

Anläßlich einer großen Festveranstaltung zum chinesischen Neujahr betonte Ministerpräsident Li Peng in seiner Festrede, daß China 1993 seine bisherige außenpolitische Linie konsequent weiter verfolgen werde. Diese Linie läßt sich mit den Schlagworten "Wahrung des Weltfriedens und Förderung der Entwicklung im neuen Jahr" verkürzt beschreiben. Li verwies darauf, daß China 1992 nach eigener Bewertung "seine unabhängige Außenpolitik des Friedens entschlossen verfolgt und eine angemessene Rolle in internationalen Angelegenheiten gespielt hat und damit ein günstiges äußeres Um-

feld für seinen Modernisierungsprozeß gewonnen hat". Insgesamt habe man 1992 mit 15 Ländern diplomatische Beziehungen aufgenommen. Die Gesamtzahl der Länder, zu denen China in einem offiziellen diplomatischen Verhältnis steht, beläuft sich somit auf 155. Dies sei Ausdruck dafür, daß "Chinas internationales Prestige wächst".

Am Vorabend der Veranstaltung waren KP-Generalsekretär Jiang Zemin und Ministerpräsident Li Peng mit über "20 altgedienten ausländischen Experten" zusammengetroffen. Einige dieser Experten waren bereits während der 30er und 40er Jahre in China gewesen. Namentlich herausgehoben wurden u.a. Israels Vertreter Epstein und der Japaner Tatsuko Yokokawa. "Bei einem Altersdurchschnitt von über 70 Jahren haben die ausländischen Experten auf den Gebieten der Erziehung, Kultur, Gesundheit, des Journalismus und des Verlegerwesens gearbeitet und wichtige Beiträge zu einem besseren Verständnis und zur Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und anderen Völkern sowie zur Entwicklung der Wissenschaft, Technologie und Erziehung und zur Ausbildung geleistet."

Neben der Regierung habe auch die Politische Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes während der letzten Jahre wesentliche Beiträge zur chinesischen Außenpolitik geleistet. Insgesamt habe die Konferenz in diesem Zeitraum "mit 23 Delegationen 25 Länder besucht". Ziel der Delegationsbesuche sei es gewesen, die Öffentlichkeit in anderen Ländern "besser mit der Mehrparteienszusammenarbeit und dem politischen Beratungssystem sowie mit dem grundlegenden politischen System mit chinesischen Besonderheiten vertraut zu machen".

Umgekehrt seien auf Einladung der Konsultativkonferenz 41 ausländische Delegationen aus 26 Ländern während der letzten fünf Jahre nach China gekommen. In Zusammenarbeit mit dem Außenministerium und anderen Abteilungen seien "480 Seminare und Konferenzen mit politischen, wirtschaftlichen, diplomatischen, militärischen, erzieherischen, wissenschaftlichen und technologischen Fachleuten und Gelehrten aus 50 Ländern abgehalten worden, um Ansichten zu Chinas Reform und Öffnung nach außen auszutauschen". Ferner habe die Politische

Konsultativkonferenz dauerhafte Beziehungen zu 39 Organisationen in anderen Ländern aufgebaut. (XNA, 20., 24. und 30.1.93) -ma-

\*(3)

#### Neue strategische Beziehung

Lt. einem Bericht der japanischen Zeitung *Yomiuri Shimbun* vom 26. Januar 1993 ist "in Nordostasien eine neue strategische Beziehung zwischen Südkorea, China, den USA, Japan und Rußland gebildet worden, nachdem Seoul und Beijing im letzten Jahr ihre Beziehungen normalisiert hatten". Die Zeitung beruft sich auf ein "geheimes chinesisches Dokument". In diesem Dokument sei zum Ausdruck gebracht, daß die Normalisierung der Beziehungen mit Südkorea das Risiko beseitigt habe, daß "die Vereinigten Staaten und Japan China in Schach halten, indem sie sich süd- und nordkoreanische Probleme zunutze machen". Die diplomatische Normalisierung sei deshalb im Interesse beider Seiten gewesen. Sie ermögliche es Südkorea, "dem Einfluß der Vereinigten Staaten und Japans auszuweichen". Jetzt sei eine "fünffache strategische Beziehung zwischen Südkorea, China, den Vereinigten Staaten, Japan und Rußland entstanden, die den Weg zum Abbau von Spannungen und zur Stabilität auf der koreanischen Halbinsel bereitet". (SWB, 27.1.93) -ma-

\*(4)

#### Kim Il-sungs Besuch dementiert

In einem Bericht am 20. Januar 1993 hatte der japanische Fernsehsender NHK berichtet, daß sich Nordkoreas Präsident Kim Il-sung nach Angaben "einer verlässlichen Quelle in Beijing" um den 20. November 1992 herum zu einem "geheimen Besuch in China" aufgehalten habe. Während des Besuchs sei es zu intensiven Gesprächen mit chinesischen Partei-, Staats- und Militärführern gekommen. Kim habe während dieser Gespräche "auf Wirtschaftshilfe gedrängt und China aufgefordert, seine Militärhilfe zu verstärken". Von chinesischer Seite habe man sich zwar bereit erklärt, die wirtschaftliche Hilfe zu erweitern, aber man habe "klar abgelehnt, militärische Hilfe zu leisten". Der Bericht erwähnte ferner, daß ursprünglich Kim Chong-il, Kim Il-sungs Sohn und offiziell bestimmter Nachfolger, seinen Vater

nach China begleiten sollte. "Im Anschluß an Beratungen mit der chinesischen Seite wurde jedoch entschieden, daß Kim Chong-il Kim Il-sung nicht begleiten würde."

Von seiten des chinesischen Außenministeriums wurde der Bericht offiziell als nicht korrekt bezeichnet. Es habe keinen "Geheimbesuch in Beijing im letzten November gegeben". (SWB, 21. und 22.1.93) -ma-

\*(5)

#### Nordkoreanisches Lob für Chinas Sozialismus

Während eines Neujahrsempfangs der chinesischen Botschaft in Pjöngjang erklärte Kim Yong-nam, Mitglied des Politbüros der Arbeiterpartei Koreas und zugleich Stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister des Landes, daß "das chinesische und koreanische Volk Hand in Hand um Frieden und Wohlstand in Asien kämpfen werden". Kim führte ferner aus, daß "der erfolgreiche Abschluß des XIV. Nationalen Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas große Aufmerksamkeit bei den Menschen in China und im Ausland auf sich gezogen" habe. "Der Parteitag stellt ein besonderes Ereignis dar, das die Linie der Kommunistischen Partei Chinas verdeutlicht sowie den umfassenden Blick des Prozesses des Aufbaus des Sozialismus mit chinesischen Besonderheiten." Zudem betonte Kim: "Das koreanische Volk ist davon überzeugt, daß unser chinesisches Brudervolk neue Ergebnisse bei der Durchführung der Beschlüsse des XIV. Nationalen Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas erzielen wird."

Im Gegensatz zu diesen unverbindlichen verbalen Freundschaftsbezeugungen verliefen die Gespräche führender chinesischer Vertreter mit südkoreanischen Besuchern wesentlich konkreter. So wurde u.a. Yi Se-ki, Mitglied der regierenden Demokratisch-Liberalen Partei, vom Stellvertretenden Ministerpräsidenten Wu Xuequan in Beijing am 5. Januar zu Gesprächen über "neue bilaterale Beziehungen" empfangen. Bei der Diskussion ging es vor allem darum, inwieweit man von südkoreanischer Seite Erfahrungen für die Olympia-Bewerbung Beijings i.J. 2000 einbringen könne. (SWB, 1. und 7.1.93) -ma-

**\* (6) Nordkorea - keine Sonderbeziehungen mehr?**

Die chinesische Regierung hat sich Ende 1992 entschlossen, die politisch-ideologisch bedingte Vorzugsbehandlung Nordkoreas im wirtschaftlichen Bereich zu beenden. China sei nicht länger bereit, den bilateralen Wirtschaftsaustausch mit Nordkorea auf Kompensationshandelsbasis fortzusetzen. Grundsätzlich war die Entscheidung bereits Mitte 1992 gefallen, aber die Durchführung war zurückgestellt worden, weil man Nordkorea nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Südkorea im August 1992 nicht zusätzlich belasten wollte. Die Entscheidung dürfte für Nordkorea von besonderer Tragweite sein, da zuvor bereits die früheren COMECON-Staaten, einschließlich der GUS, den Kompensationshandel eingestellt hatten und nur noch auf Devisenbasis weiterzuführen bereit sind. Das bilaterale Handelsvolumen zwischen China und Nordkorea belief sich 1992 auf einen Wert von 620 Mio. US\$. Bemerkenswert erscheint in diesem Zusammenhang eine Aussage des chinesischen Ministers für Außenwirtschaftsbeziehungen und Handel, Li Lanqing: "Anfänglich mögen Probleme entstehen, aber das neue Handelsverfahren, das weltweit gebräuchlich ist, wird ein guter Schritt nach vorne sein. Es wird für den bilateralen Handel von Nutzen sein und die Handelsgesellschaften kräftigen." (AWSJ, 31.12.92) -ma-

**\* (7) Zwischenfall mit japanischem Fischerboot**

Am 14. Januar kam es im Ostchinesischen Meer zu einem Zwischenfall, in dessen Verlauf "ein chinesisches Patrouillenboot auf ein japanisches Fischerboot schoß". Es gab jedoch keine Verletzten. Nachdem von japanischer Seite ein Protest eingelegt worden war, "entschuldigte sich China wegen des Zwischenfalls" und teilte mit, daß das "Patrouillenboot die 'Genpuku Maru' versehentlich als ein Boot mit Tabaksmugglern angesehen" habe. Direkt im Anschluß an die Beschießung war ein japanisches Patrouillenboot aufgetaucht und hatte das chinesische Boot identifiziert. Von japanischer Seite wurde vermerkt, daß sich das chinesische Boot genähert habe, "ohne eine Flagge gehißt" zu haben. (SWB, 16.1.93) -ma-

**\* (8) Verhältnis zu Taiwan 1992**

In einem Resümee der Entwicklung des Verhältnisses zu Taiwan 1992 zählt die Staatliche chinesische Nachrichtenagentur "zehn Spitzennachrichten" auf. Diese zehn Nachrichten wurden von "sieben Publikationsorganen, einschließlich der Überseeausgabe der *Volkszeitung*, der *Xinhua-Nachrichtenagentur*, des *China-Nachrichtenservice*, des *Zentralen Volksrundfunks*, des *Zentralen Fernsehens*" ausgewählt. Die Spitzenereignisse waren wie folgt:

(1) Am 12. Oktober listete der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Jiang Zemin, das Konzept "Ein Land, zwei Systeme" als Teil "der sozialistischen Theorie mit chinesischen Besonderheiten" auf und erklärte explizit: "Unter der Voraussetzung, daß es nur ein China gibt, sind wir bereit, mit den Behörden Taiwans über jede Angelegenheit zu sprechen, einschließlich der Form, in der offizielle Verhandlungen geführt werden sollen und die für beide Seiten akzeptabel ist."

(2) Am 15. Dezember traf sich Jiang Zemin mit Vertretern der volksrepublikanischen Gesellschaft für Beziehungen beiderseits der Taiwan-Straße. Er betonte bei dieser Gelegenheit: "Wir halten an der friedlichen Lösung der Verwirklichung der Wiedervereinigung des Landes fest, aber wir werden entschlossen Maßnahmen ergreifen, um die Souveränität und territoriale Integrität des Landes gegenüber jedem Trend zu einem 'unabhängigen Taiwan' zu wahren, oder falls ausländische Mächte danach trachten, China aufzuteilen."

(3) Am 17. Januar hatte der Staatsrat "Bestimmungen für chinesische Staatsbürger zum Besuch des Taiwangebietes" herausgegeben, die am 1. Mai in Kraft traten.

(4) Geschäftsleute aus Taiwan zeigen ein großes Interesse an Investitionen auf dem Festland. Nach statistischen Angaben des Ministeriums für Außenwirtschaftsbeziehungen und Handel wurden von den chinesischen Behörden insgesamt 3.750 Unternehmen mit Taiwan-Kapital während der ersten neun Monate 1992 genehmigt, "ein Anstieg von 231,6% gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres". Das Investitionsvolumen für diese Unternehmen belief sich auf 2,97 Mrd. US\$ (+ 253,6%).

(5) Am 4. August schrieb Wang Dao-han, Präsident der Gesellschaft für Beziehungen beiderseits der Taiwan-Straße, an Ku Chenfu, Vorsitzender des Direktoriums der taiwanesischen Stiftung für Austausch beiderseits der Taiwan-Straße. Er schlug ein Treffen zwischen Vertretern beider Organisationen vor. Von Seiten Taiwans wurde dem am 22. August zugestimmt.

(6) Zwischen Taiwan und dem Festland kam es zu "Austauschbesuchen auf den Gebieten Wissenschaft, Technologie und Kultur". Vor allem die festländischen Ausstellungen über Dunhuangs alte Wissenschaft und Technologie sowie andere Kulturausstellungen und der "Auftritt des Zentralen Ballettensembles" sowie der Besuch von sieben Wissenschaftlern auf Taiwan sind mit großer Aufmerksamkeit registriert worden.

(7) Bekannte Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Wirtschaft leiteten Taiwan-Delegationen zu Besuchen auf das Festland.

(8) Vom 5. bis 12. September hielt sich eine 18köpfige Delegation festländischer Medienkorrespondenten zu einem Besuch in Taiwan auf.

(9) Am 23. März trafen sich Vertreter der Gesellschaft für Beziehungen beiderseits der Taiwan-Straße und der Stiftung für Austausch beiderseits der Taiwan-Straße in Beijing, um "die erste Arbeitsdiskussion durchzuführen". Die zweite Arbeitsdiskussion fand am 28. Oktober in Hongkong statt.

(10) Am 16. Juli erließen die Behörden auf Taiwan "Bestimmungen zu den Beziehungen zwischen den Menschen in Taiwan und auf dem Festland". Aufgrund dieser neuen Bestimmungen werden Kontakte und Austauschmöglichkeiten erleichtert. Bedauerlich sei, daß die Bestimmungen dennoch das Konzept "Ein Land, zwei Regierungen" fordern und "direkten Austausch von Post-, Handel-, Luft- und Schiffsdiensten ablehnen". Das "engt die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße ein". (XNA, 6.1.93) -ma-

**\* (9) U-Boot-Diskussion**

In China ist die innenpolitische deutsche Diskussion um den Bau von U-Booten für Taiwan intensiv verfolgt

und registriert worden. In verschiedenen Berichten der Staatlichen Nachrichtenagentur wurde die Position einzelner Politiker der Regierungskoalition und der Oppositionsparteien sorgfältig beschrieben. So drückt ein Bericht vom 21. Januar Zufriedenheit darüber aus, daß Niedersachsens Ministerpräsident Schröder unter dem Druck von Teilen seiner Partei und des grünen Koalitionspartners von seiner ursprünglich befürwortenden Haltung abgerückt war. "Die Erklärung besagte, daß Schröder seine Unterstützung für die U-Boot-Verkäufe jetzt und für immer zurückgezogen hat." Auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident und SPD-Chef Engholm wird wegen "Opposition gegen den Verkauf" anerkennend genannt. Außenminister Kinkel wird mit der Aussage erwähnt: "Mein Eindruck ist, daß wir immer noch Nein sagen werden." In einem Bericht vom 29. Januar wird dann der Inhalt der ablehnenden Entscheidung der Bundesregierung in seinen Grundzügen wiedergegeben. Der Bericht konzentriert sich vor allem auf die Aussagen Außenminister Kinkels, wonach "die Waffenverkäufe die Beziehungen zu China ernsthaft schädigen und das Prinzip des Exportverbots von Waffen in Spannungsgebiete verletzen" würden. (XNA, 21., 23. und 29.1.93) -ma-

\*(10)

#### Chinesisch-britische Beziehungen

In einem ausführlichen Interview mit dem Hongkonger Fernsehsender TVB Anfang Januar 1993 nahm Lu Ping, Direktor des Ausschusses für Hongkong- und Macau-Angelegenheiten des Staatsrates, zum gegenwärtigen Stand der britisch-chinesischen Beziehungen Stellung. Die Grundaussage war: "Ich möchte sagen, daß die gegenwärtigen chinesisch-britischen Beziehungen nicht gut sind. Die Beziehungen waren im Anschluß an die Unterzeichnung der chinesisch-britischen Gemeinsamen Erklärung zur Hongkong-Frage im großen und ganzen gut. Es gab zwischendurch einige Rückschläge, aber die Probleme wurden durch Gespräche beider Seiten angemessen gelöst. Das Problem liegt darin, daß die chinesisch-britischen Beziehungen auf einem Tiefpunkt sind, seit Herr Patten die Gouverneursposition Hongkongs 1992 übernahm... Unserer Ansicht nach liegt der Unterschied zwischen Britannien und uns nicht darin, wie

schnell oder langsam der demokratische Prozeß in Hongkong verläuft. Das Entscheidende an der Sache ist, ob Versprechungen eingehalten werden. China und Britannien führten bei zahlreichen Gelegenheiten in der Vergangenheit Beratungen zum reibungslosen Übergang und zur Angleichung 1997. Durch diese Beratungen erreichten die beiden Seiten Übereinstimmung und ein Verständnis füreinander. Gemäß dieser Übereinstimmungen und des Verständnisses wurden die wichtigen Bestimmungen im Grundgesetz (Basic Law) festgelegt... Da das Basic Law angenommen wurde, kann es nicht geändert werden. Die britische Seite nahm jedoch Abstand davon und behauptete, daß es keine Übereinkommen zwischen den beiden Ländern gebe. Da stellt sich die Frage, ob die Versprechungen eingehalten werden. Wenn die Angelegenheiten, die durch die Außenminister beider Länder in ihren Briefen schwarz auf weiß bestätigt wurden, nicht als Übereinkünfte betrachtet werden, wie ist es dann möglich, in der Zukunft weiter zusammenzuarbeiten? Wie können wir die Zusammenarbeit fortsetzen, wenn die Versprechungen nicht eingehalten werden? Das ist die entscheidende Frage. Wenn die Übereinkünfte, die in der Vergangenheit erzielt wurden, nicht zählen, heißt das dann, daß die Übereinkünfte, die in der Zukunft erzielt werden, einseitig aufgegeben werden können?"

Der Hongkonger Fernsehreporter erwähnte im Anschluß an diese Passage in Form einer Frage eine Aussage des ehemaligen Ministerpräsidenten von Singapur, Lee Kuan Yew, daß "Pattens Paket ein Manöver des Westens darstellt, China einzukreisen".

Lu Pings Antwort: "Es wäre unangemessen, wenn wir das kommentierten. In jedem Fall haben wir hohen Respekt vor Mr. Lee Kuan Yew. Er ist ein herausragender Staatsmann mit großer Erfahrung in der politischen Sphäre. Er ist auch eine weitsichtige Person. Aber es stimmt, daß es Leute gibt, die die internationale Karte spielen wollen. Wenn sie das tun, werden sie die Hongkong-Angelegenheit sicher komplizierter machen, und das ist etwas, was wir nicht sehen möchten. Wir sind überzeugt, daß sie nicht erfolgreich sein werden, wenn sie die internationale Karte spielen."

Lu Ping führte weiter aus, daß mit der "internationalen Karte" offensichtlich Druck auf China ausgeübt werden sollte. Auf eine weitere Frage des Reporters, warum China, das nach eigenen Aussagen die Demokratie befürwortet, dagegen sei, daß die Menschen von Hongkong mehr Demokratie bekommen, warum also China "Pattens Paket nicht akzeptiert und zu einem neuen Verständnis gelangt", erwiderte Lu Ping:

"Wir haben die Frage der Demokratie bei zahllosen Gelegenheiten betont. Die chinesische Regierung ist der Ansicht, daß Hongkong eine Demokratie haben muß. Es muß angemerkt werden, daß die Demokratie, die im Basic Law angeboten wird, weit über das hinausgeht, was gegenwärtig in Hongkong praktiziert wird. Hongkong hatte keine Demokratie unter Kolonialherrschaft während des vergangenen Jahrhunderts oder mehr. Neben der Entwicklung der Demokratie in Hongkong hat das Basic Law im Lichte der Realität Hongkongs vorgesehen, daß die Demokratie sich Schritt für Schritt in einer geordneten Weise entwickeln soll. Sowohl die Legislative als auch die Exekutive wird schließlich in allgemeinen Wahlen gewählt werden, wobei jedermann das Recht hat, zu wählen. Diese Bestimmungen wurden nach wiederholten Verbesserungen und nach Meinungs austausch mit verschiedenen Kreisen in Hongkong über einen Zeitraum von 4 Jahren und 8 Monaten aufgestellt. Im Anschluß an die Verkündung des Basic Law hatten selbst die Briten ein Statement herausgegeben, wonach das Basic Law weitgehend die Ansichten der Bevölkerung Hongkongs enthält."

Auf die weitere Frage, warum ausgerechnet Hongkong zur Front in der diplomatischen Schlacht zwischen China und Britannien gemacht worden sei, entgegnete Lu Ping:

"Wir wollen keine diplomatische Schlacht fechten. Die gegenwärtige offene Polemik wurde nicht zuerst von uns eingeleitet. Wir haben auch bei zahlreichen Gelegenheiten erwähnt, was geschehen war, bevor und nachdem Patten seine politische Ansprache gehalten hatte. Wir wollen keine offene Polemik sehen. Gleichzeitig haben wir aber auch bestätigt, daß dann, wenn die britische Seite darauf besteht, eine offene Polemik in Gang zu setzen,

wir gar nicht anders können, als das anzunehmen und bis zum Ende zu kämpfen. Die Probleme, die jetzt in Hongkong aufgetreten sind, sind nicht von uns gewählt worden und sind auch keine, die wir zu sehen wünschen. Sie sehen also, daß wir immer in einer Position waren, in der wir nur in der Reaktion auf die Herausforderung eines Gegners gehandelt haben."

Nach einer Reihe weiterer Fragen, so u.a. das Problem des Baus eines neuen Flughafens, bei denen Lu Ping insgesamt die Bereitschaft Chinas zu einer einvernehmlichen Regelung zum Ausdruck brachte, betonte er noch einmal:

"Wir haben sehr deutlich gesagt, daß Patten's konstitutionelles Paket der chinesisch-britischen Gemeinsamen Erklärung, dem Basic Law und den Übereinkünften und Verständnis, das zwischen den beiden Ländern über das politische System Hongkongs erreicht wurde, widersprechen, und deshalb können wir es einfach nicht akzeptieren. Einige Hongkonger Freunde haben beide Seiten aufgefordert, sich zusammenzusetzen und zu sprechen. Wir stimmen dem zu. Das Problem ist, daß es eine Vorbedingung gibt, und die ist, daß Patten sein konstitutionelles Paket aufgeben und zurückziehen muß. Wenn die Gespräche fortgesetzt werden sollen, dann muß das auf der Grundlage des Basic Law geschehen... Die chinesische Seite wird keinerlei Vorschlag akzeptieren, der auf der Grundlage des Patten-Pakets erstellt wird."

Warnend fügte Lu Ping hinzu:

"Ob wir eine härtere Haltung einnehmen, hängt von der Haltung der britischen Seite ab. Wir werden dadurch überlegen sein, daß wir auf die Herausforderung des Gegners antworten. Wenn die britische Seite uns unter Druck setzt, werden wir keine Zugeständnisse machen. Wenn die britische Seite auf ihrem eigenen Weg besteht, wird in Hongkong mit Sicherheit ein Durcheinander entstehen. Die Verantwortung dafür wird nicht auf der chinesischen Seite liegen. Wir glauben, daß die Mehrheit der Bevölkerung Hongkongs diesen Punkt begriffen hat... So wie ich es verstehe, fürchten sich die Menschen in Hongkong am meisten vor einer Konfrontation mit China. Wenn Hongkong in Opposition zu China steht, wird es für Hongkong ziemlich schwierig werden zu überleben." (SWB, 5.1.93) -ma-

#### \*(11) Gespräche mit Portugal

Anläßlich der Unterzeichnung der Konvention zum Verbot von Chemiewaffen in Paris traf Chinas Außenminister Qian Qichen u.a. mit Portugals Außenminister Barroso zusammen. Im Verlauf der Gespräche wurde festgestellt, daß beide Länder "eine zufriedenstellende Übereinkunft in der Macau-Frage erreicht haben und daß sie sie ernsthaft und gewissenhaft umsetzen". Ferner hat Portugal aus chinesischer Sicht einen hilfreichen Beitrag geleistet, "die Beziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und China zu verbessern, als Portugal die EG-Präsidentschaft innehatte". (XNA, 14.1.93) -ma-

#### \*(12) Afrikatour

Im Verlaufe des Monats Januar unternahm Chinas Außenminister Qian Qichen eine politische Reise durch sechs afrikanische Länder - Oman, Mauretanien, Kamerun, Gabun, Burundi und Ruanda. Bemerkenswert ist vor allem, daß selbst die Kommentare der chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua Mühe haben, irgendwelche konkreten Inhalte der Gespräche zu nennen. Statt dessen ist die Rede von "bilateralen Beziehungen und internationalen Fragen von gemeinsamer Bedeutung" sowie "Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet" und "Entwicklung guter Beziehungen". Insgesamt kann die Reise als eine den internationalen Gepflogenheiten entsprechende diplomatische Pflichtübung eingestuft werden. (XNA, 20. und 24.1.93) -ma-

#### \*(13) Somalia

Liu Jiang, Afrika-Korrespondent der Nachrichtenagentur Xinhua, wurde im Verlaufe der Auseinandersetzungen in Mogadishu Anfang Januar durch Schüsse verletzt. Nach einer Anfangsbehandlung in Nairobi kehrte er per Flugzeug zur weiteren Behandlung nach Beijing zurück. Dort wurde er am Flughafen vom Präsidenten der Nachrichtenagentur, Guo Chaoren, empfangen und "dafür gelobt, daß er im Ausland gute Arbeit geleistet hatte und sich in Somalia tapfer verhielt". Liu ist seit längerer Zeit Leiter des afrikani-

schen Regionalbüros der Nachrichtenagentur in Nairobi. Er hatte sich bereits mehrere Wochen in Somalia aufgehalten, als "vier unbekannte Bewaffnete vor einem Hotel auf ihn schossen". (XNA, 29.1.93) -ma-

#### \*(14) Indische Delegation

Anfang Januar 1993 hielt sich eine indische Delegation des Staatsministers für Handel, P.J.Kurien, zu bilateralen Verhandlungen in China auf. Anlaß war das 4.Treffen der Gemeinsamen Chinesisch-Indischen Wirtschafts- und Handelsgruppe, in dessen Verlauf beide Seiten ihre jeweilige Wirtschafts- und Handelslage darstellten und Ansichten über die Verbesserung der wirtschaftlichen und der kommerziellen Beziehungen zwischen beiden Ländern austauschten. Zum Abschluß der Gespräche unterzeichneten der Minister und sein chinesischer Kollege Li Lanqing das Protokoll der gemeinsamen Gespräche. Über den Inhalt und eventuelle konkrete Vereinbarungen wurden keine Angaben gemacht. (XNA, 5. und 6.1.93) -ma-

#### \*(15) Kontakte zu ausländischen Gewerkschaften

Chinas Gewerkschaften haben "während des letzten Jahres den Weg zur wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit ausländischen Gewerkschaften eingeschlagen". Nach Ansicht des Vizepräsidenten des Gesamtchinesischen Gewerkschaftsbundes, Wang Houde, seien diese Kontakte hilfreich, um die eigenen Erfahrungen ergänzen zu können. "Austausch und Zusammenarbeit umfassen die Verbreitung von Fachwissen, die Entsendung von postgraduierten Studenten ins Ausland, die Auswertung der Arbeitsbeziehungen in Unternehmen und die gemeinsame Durchführung von Unternehmungen, die den Arbeitern dienen." Eine besonders enge Zusammenarbeit habe man mit Gewerkschaften aus Singapur aufgenommen, mit denen ein "Abkommen zur freundlichen Kooperation" geschlossen wurde. Vor allem auf den "Gebieten Verbrauchergenossenschaften, Versicherungswesen, Erholung und Tourismus" werde es eine enge Zusammenarbeit geben. Darüber hinaus sind kontinuierliche Beziehungen "wirtschaftlich-tech-

nischer Zusammenarbeit mit Gewerkschaften Japans, Portugals, der Mongolei, Kasachstans und Laos' eingeleitet worden". Allein nach Japan haben die chinesischen Gewerkschaften über 400 Postgraduiertenstudenten geschickt, "um fortgeschrittene Wissenschaft und Technologie sowie Management zu studieren". Dieses Fachwissen werde unter den neuen Umständen einer "sozialistischen Marktwirtschaft" besonders dringlich benötigt. Um neue Probleme, die während der Errichtung einer sozialistischen Marktwirtschaft entstehen, zu bewältigen, bemühen sich Chinas Gewerkschaften nach eigener Aussage darum, nützliche Erfahrungen ausländischer Gewerkschaften zu übernehmen, einschließlich solcher aus den entwickelten, kapitalistischen Ländern. Auch nach Deutschland habe man eine Gewerkschaftsdelegation entsandt, um "die Arbeitsbeziehungen in den Unternehmen zu studieren".

Insgesamt sind 1992 mehr als 4.000 führende Gewerkschaftsmitglieder aus über 50 Ländern in China gewesen, darunter "Gewerkschaftsführer aus 14 Nachbarländern". Auch mit dem Gewerkschaftsbund Vietnams habe man anlässlich eines Chinabesuchs des Präsidenten des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes, Nguyen Van Tu, die Beziehungen "normalisiert". Nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Südkorea und China seien auch "Beziehungen mit der Föderation der südkoreanischen Gewerkschaften aufgenommen" worden. 1993 sollen die alten Verbindungen vertieft werden und darüber hinaus "Fort-schritte in der Entwicklung der Beziehungen mit Gewerkschaften in latein-amerikanischen Ländern erzielt" werden. (XNA, 5.1.93) -ma-

\*(16)

#### Regionale Menschenrechtsorganisation?

Fan Guoxiang, früherer Ständiger Vertreter Chinas beim UN-Zentrum für Menschenrechte in Genf, stellte im Vorfeld der 2.Regionalen UN-Arbeitskonferenz für Menschenrechte in der Asien-Pazifik-Region (26.-28.Januar 1993) ein neues Konzept zur Regelung von Menschenrechtsfragen auf regionaler Basis zur Diskussion. Ein solcher "Mechanismus" könne dazu dienen, "sowohl die Forderungen der UN-Charta als auch die gemeinsamen

Wünsche der Völker in der Region zu erfüllen". Voraussetzung sei, daß "die Staaten sich der Frage zuwenden, eine regionale Maschinerie internationaler Zusammenarbeit auf der Basis der Gleichheit und des gegenseitigen Respekts für die Souveränität sowie in Übereinstimmung mit der jeweiligen regionalen Realität einzurichten". Wichtig sei vor allem, daß "jede regionale Menschenrechtsmaschinerie einen Bezug zum politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsniveau der Region sowie zum geschichtlichen Hintergrund, insbesondere Kultur, Tradition, Religion usw. aufweist". Man dürfe nicht "irgendeine Formel als Prototyp" nachahmen und auf die Region übertragen. Dies könne "nur zu negativen Auswirkungen führen".

Ein solches Konzept zum Aufbau eines regionalen Abstimmungsmechanismus für das pazifische Asien muß als einer von mehreren Bausteinen gelten, mit denen die Länder der Region eine eigene, vom Westen abweichende Menschenrechtsanschauung aufstellen wollen. Diese "Emanzipationstendenz" wurde bereits im September 1992 während der Gipfelkonferenz der Blockfreienbewegung in Indonesiens Hauptstadt Jakarta deutlich sichtbar. Indirekt kommt sie auch in Fan Guoxiangs unmißverständlich herausgestellter These zum Ausdruck, daß die asiatischen Länder im Rahmen eines solchen regionalen Arrangements "Ansichten mit nichtasiatischen Ländern und UN-Organisationen austauschen können". Voraussetzung sei jedoch, daß "ein solcher Austausch nicht aufgedrängt wird und daß keine einseitigen Belehrungen erfolgen". (XNA, 28.1.93) -ma-

\*(17)

#### "Geiselskonvention"

Die chinesische Regierung hat Ende Januar 1993 beschlossen, sich der "Internationalen Konvention gegen Geiselnahme", die von der UN-Vollversammlung im Dezember 1979 angenommen worden war, beizutreten. Die Beitrittsklärung, die die Unterschrift des chinesischen Außenministers Qian Qichen trug, wurde von der Ständigen Vertretung des Landes bei den Vereinten Nationen, dem UN-Generalsekretär Boutros-Ghali, übergeben. -ma-

\*(18)

#### Verbot chemischer Waffen

Chinas Außenminister Qian Qichen unterzeichnete am 13.Januar 1993 in Paris für China die "Konvention zum Verbot chemischer Waffen", die von insgesamt 126 Ländern anerkannt wird. Qian begründete Chinas Unterzeichnung wie folgt: "China hat sich immer für das vollständige Verbot und die totale Zerstörung aller chemischer Waffen und ihrer Produktionsstätten eingesetzt. Die Konvention zum Verbot der Entwicklung, Produktion, Lagerung und Verwendung chemischer Waffen und zu ihrer Zerstörung ist die legale Basis für die Verwirklichung dieses Ziels. Deshalb unterstützt China Ziele, Zwecke und Prinzipien der Konvention." Die Verhandlungen über diese Konvention hatten bereits in den 60er Jahren begonnen, aber erst im Dezember 1992 billigte die 47.UN-Vollversammlung eine Resolution zur Unterzeichnung der Konvention. China hatte sich an den Verhandlungen seit 1980 beteiligt und nach eigener Ansicht "konstruktive Beiträge zur Verwirklichung der Konvention geleistet". (XNA, 15.1.93) -ma-

\*(19)

#### Olympia-Bewerbung

Chinas Vizepräsident des Internationalen Olympischen Komitees, He Zhenliang, äußerte zum Jahresbeginn die Ansicht, daß sich die Bewerbungschancen Beijings für die Olympischen Spiele 2000 verbessert haben. "Nach zwei Jahren harter Arbeit ist Beijing in seiner Bewerbung für die Olympischen Spiele noch entschlossener." Es sei jedoch nicht zu übersehen, daß noch Schwierigkeiten bestehen, "weil der Wettbewerb unter den acht Bewerberstädten sehr hart ist". In den Bewerbungsunterlagen für Beijing, die "streng nach den Anforderungen des IOC verfaßt sind", wird darauf verwiesen, daß die Stadt im Rahmen ihres "Stadtaufbauprogramms 2000" bereits wesentliche Erfolge erzielt habe. Von besonderer Bedeutung sei der abgeschlossene Ausbau des zweiten 33 km langen Stadtringes, der es ermöglicht, die Stadt "in 18 Minuten zu umfahren". Ferner sei die erste Aufbaustufe des internationalen Flughafens beendet und die zweite Aufbaustufe werde vorbereitet. Eine neue Schnellstraße zwi-

schen dem Flughafen und der inneren Stadt sei im Bau und werde bis zum Herbst dieses Jahres fertiggestellt werden. Zusätzlich soll noch in diesem Jahr der Bau eines neuen Bahnhofs in Angriff genommen werden. Gleiches gilt für den östlichen Teil des dritten Stadtrings, "wodurch der Verkehr in diesem Gebiet, in dem das diplomatische Korps und neue 4- und 5-Sterne-Hotels gelegen sind, deutlich erleichtert wird". Beijing habe auch der Forderung des Internationalen Olympischen Komitees nach "Umweltschutz und ökologischem Gleichgewicht" große Beachtung geschenkt. Die Stadtbehörden seien dabei, "Grünanlagen für die städtische Aufbauarbeit" verstärkt zu fördern. Wichtig sei auch, daß man über die Medien "den olympischen Geist verbreitet", so daß "immer mehr Chinesen die Ideale und Ziele der olympischen Bewegung verstanden haben". Außerdem seien "während der letzten 13 Monate zahlreiche Sprachwettbewerbe für Englisch, Französisch, Spanisch und Russisch organisiert" worden, an denen Tausende von Wettbewerbern aller Altersgruppen und Berufssparten teilnahmen. Man habe zudem nachhaltig für Beijing geworben. "1992 besuchten 30 IOC-Mitglieder und 15 Präsidenten oder Generalsekretäre internationaler Sportverbände Beijing." Die meisten der IOC-Mitglieder hätten sich von der Atmosphäre der Stadt sehr angetan gezeigt. "Einige IOC-Mitglieder, die Beijings Fähigkeit, die Spiele durchzuführen, bezweifelt hatten, sagten, daß Beijing sehr gute Bedingungen zur Durchführung der Spiele aufweist. Sie waren der Überzeugung, daß Beijing eine starke Unterstützung seiner Bevölkerung hat, und daß die Olympischen Spiele 2000 erfolgreich sein werden, wenn sie nach Beijing vergeben werden." Bemerkenswert erscheint, daß auch in Beijing der "olympische Geschäftsgeist" keineswegs verschmäht wird. Angesichts der Entwicklung während der letzten Spiele gehe es bei Olympischen Spielen "nicht nur um Investitionen, sondern es wird auch einen Ausstoß geben, und der Ausstoß wird gewaltig sein. Wenn die Spiele gut durchgeführt werden, wird es mit Sicherheit einen Gewinn geben." Dieser Gewinn solle jedoch zum größten Teil "zur Bewirtung der Teilnehmer und zur Förderung der Zusammenarbeit im internationalen Sport" eingesetzt werden. "Das Bewerbungskomitee Beijing hat vorgeschlagen, die internationalen Reise-, Unterkunfts- und Bewirtungskom-

sten im Olympischen Dorf für alle akkreditierten Mitglieder der teilnehmenden Delegationen während der Olympischen Spiele in Beijing zu übernehmen, falls das IOC keine anderen Bestimmungen erläßt."

Mit Blick auf die anderen Bewerber heißt es: "Alle Bewerberstädte haben ihre Vorteile und Schwächen, aber das Bewerbungskomitee Beijing hat es zum Grundsatz gemacht, daß seine Mitglieder niemals irgendetwas Schlechtes über die anderen äußern dürfen. Wir sind der Überzeugung, daß die Bewerbung jeder anderen Stadt den Wunsch zeigt, einen Beitrag zur olympischen Bewegung zu leisten. Selbst wenn eine Stadt Schwächen hat, sollten die anderen Städte keine Kommentare dazu abgeben." Zu den Stärken Beijings zählt das Komitee "seine lange, 5000jährige Geschichte, seine alte kulturelle Tradition, die volle Unterstützung der chinesischen Führung und des chinesischen Volkes, die hervorragenden Organisationsfähigkeiten, die während der erfolgreichen Durchführung der Asienspiele 1990 sichtbar waren, die Öffnung des größten Marktes der Welt nach außen, die gesellschaftliche Stabilität, die schnell wachsende Wirtschaft und Chinas wachsender internationaler Einfluß". (XNA, 2.1.93) -ma-

---

## Innenpolitik

---

\*(20)

### Deng Xiaoping in Shanghai öffentlich auftreten

Anläßlich des chinesischen Neujahrsfestes trat Deng Xiaoping wieder einmal in der Öffentlichkeit auf. Am 22. Januar 1993 erschien er persönlich bei der traditionellen Neujahrsfeier der Shanghaier Partei- und Regierungsführung. Erneut rief Deng dazu auf, die gegenwärtig günstige Gelegenheit für eine große Entwicklung Chinas nicht zu verpassen. Dabei müsse man wohlbedacht vorgehen und Verluste, vor allem große Verluste, vermeiden. Allerdings seien kleinere Rückschläge nicht so schlimm und könnten durch Zusammenfassung der gemachten Erfahrungen und Korrekturmaßnahmen listergutmacht werden. Eindeutig stellte sich Deng Xiaoping hinter ZK-

Generalsekretär Jiang Zemin und die auf dem XIV. Parteitag neugewählte KPCh-Führungsmannschaft: "Die Praxis hat bewiesen, daß das Führungskollektiv des ZK der Partei mit dem Genossen Jiang Zemin als seinem Kern gute Arbeit geleistet hat und vertrauenswürdig ist." (RMRB, 23.1.93) -sch-

\*(21)

### Neuer Sammelband mit Texten Deng Xiaopings über den "Sozialismus chinesischer Prägung"

Mitte Januar 1993 wurde vom ZK-Verlag für Parteidokumente (Zhongyang wenxian chubanshe) das Buch *Auswahl von Darlegungen Deng Xiaopings über den Aufbau des Sozialismus chinesischer Prägung (Deng Xiaoping guanyu jianshe you Zhongguo tese shehuizhuyi de lunshu zhuanti zhaibian)* auf den Büchermarkt gebracht. Das Buch enthält Äußerungen, Reden und Schriften Deng Xiaopings aus den Jahren von 1977 bis Frühjahr 1992. Es umfaßt 200.000 Schriftzeichen und ist in neun Kapitel unterteilt. Einige der Darlegungen Dengs wurden in diesem Buch zum ersten Mal veröffentlicht. Die Auswahl der Deng-Texte, die die Kernpunkte seines gesellschaftlichen Entwicklungskonzepts beschreiben, wurde vom ZK-Büro für Parteidokumente (Zhonggong zhongyang wenxian yanjiushi) besorgt (RMRB, 16.1.93). Das ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlichte am 17. Januar das Inhaltsverzeichnis des Buches und am 18. Januar umfangreiche Auszüge aus dem Sammelband (RMRB, 18.1.93, S. 1-3) -sch-

\*(22)

### Umfangreiche personelle Umbesetzungen innerhalb der obersten Staatsführung zu erwarten

Im Rahmen der diesjährigen Plenartagung des Nationalen Volkskongresses wird es umfangreiche personelle Umbesetzungen innerhalb der obersten Staatsführung geben. Dies berichten übereinstimmend die beiden in der Regel gut informierten Hongkonger Zeitschriften *Guangjiao Jing* und *Ming Bao*. Bei der diesjährigen NVK-Tagung handelt es sich um die konstituierende Tagung des neugewählten VIII. Nationalen Volkskongresses. Folgende Personalentscheidungen an der Staatsspitze werden erwartet: